

Nr. der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode)

Antrag

der Abg. Dr. Schöchel, Mag. Mayer und Schnitzhofer betreffend das Vorgehen gegen weitere Schließungen von Postämtern in Salzburg.

Postämter spielen in der ländlichen Versorgungsstruktur eine wichtige Rolle. Das hat der Salzburger Landtag immer wieder bekräftigt und sich daher auch verstärkt für den Erhalt von Postämtern eingesetzt. Aktuelle Medienberichten ist zu entnehmen, dass zeitgleich zu Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmensleitung der Post AG über den geplanten Abbau von bis zu 16 Briefträgerstellen im Salzburger Zentralraum das Postamt Lieferung 5013 geschlossen wurde. An den Schließungsplänen haben auch Proteste von Bürgerinnen und Bürgern sowie Politikerinnen und Politikern nichts geändert. Zudem hatte sich eine überparteiliche Initiative, aus Vertretern der ÖVP, der SPÖ und der Bürgerliste mit knapp 4000 Unterschriften starkgemacht, um den Standort für 14.500 potenzielle Post-Kunden zu erhalten, leider aber erfolglos. Das Postmanagement setzt zur reinen Gewinnmaximierung den inakzeptablen Kahlschlag des Filialnetzes trotz massiver Interventionen und Proteste unvermindert fort.

Die Verhandlungen über den geplanten Abbau von bis zu 16 Briefträgern in der Stadt Salzburg sowie den Gemeinden Wals, Bergheim, Koppl, Elixhausen und Großmain sind noch nicht abgeschlossen. Derzeit gibt es in diesem Gebiet 126 Briefträger, der Abbau würde bedeuten, dass über 10% weniger Angestellte für die gleiche Arbeit zuständig wären. Damit wäre einerseits die Briefzustellung für ca. 12.000 Haushalte gefährdet und andererseits bedeutet das eine enorme zusätzliche Arbeitsbelastung für die Briefträger durch die Mehrarbeit. Man sollte nicht nur die Rechtmäßigkeit der letzten Postamtsschließungen näher überprüfen, sondern auch ob durch die Schließungswelle der letzten Jahre die gesetzlich vorgeschriebene, flächendeckende Versorgung mit Universaldiensten noch gewährleistet werden kann.

In Salzburg ist eine funktionierende Infrastruktur gerade im ländlichen Bereich unabdingbar. Es ist inakzeptabel, dass gerade diese Regionen ausgedünnt werden und dass damit die flächendeckende Versorgung außerhalb der Zentralräume einmal mehr gefährdet wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den folgenden

Antrag:

Der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. die Landesregierung wird ersucht,
 - 1.1. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, sicherzustellen, dass postalische Dienstleistungen auch zukünftig im gesamten Einzugsgebiet im bisherigen Umfang und den regionalen Mobilitätsanforderungen entsprechend gewährleistet werden können;
 - 1.2. an die Österreichische Post AG mit der Forderung heranzutreten, von einer weiteren Schließung von eigenbetriebenen Postämtern im Bundesland Salzburg abzu-
sehen.
2. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung an das Hohe Haus zugewiesen.

Salzburg, am 14. März 2016